

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 85 846-48 ppbn d

Inhalt

34. Jahrgang / 114

19. Juni 1979

Hans-Jochen Vogel, MdB, Mitglied des SPD-Präsidiums, fordert seine Partei auf, die kritische junge Generation, wie sie sich auf den Kirchentagen aber auch bei den Grünen zu Wort meldet, zu integrieren.

Seite 1/2

Volkmar Kretkowski MdB sieht die Notwendigkeit, daß die SPD sich ihrer antifaschistischen Tradition und ihrer Widerstandskämpfer erinnert.

Seite 3

Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses, setzt sich für eine sachliche und realistische Entbürokratisierungsdebatte ein.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Auf der Suche nach dem Sinn

Über neue Strömungen in unseren Tagen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Mitglied des SPD-Präsidiums

In Mexiko und in Polen strömen in wenigen Tagen hunderttausende, ja Millionen Menschen zusammen, um den Papst zu hören - unter ihnen eine große Anzahl junger Leute.

In Nürnberg nahmen am vergangenen Wochenende mehr als 120.000 Menschen am Evangelischen Kirchentag teil, darunter wiederum in auffälliger Maße Angehörige der jungen Generation. Der Katholikentag in Freiburg bot im September 1978 ein ganz ähnliches Bild.

Sind das alles Äußerlichkeiten, Zufälligkeiten? Ist es nur die Anziehungskraft einer überragenden Persönlichkeit oder die besondere Konstellation Polens, die solche Massen in Bewegung setzt? Das alles spielt sicher auch eine Rolle. Aber hinter diesen Bewegungen steckt mehr - insbesondere wenn man die beiden Kirchentage betrachtet. Ich glaube, hier sind vor allem junge Menschen im Aufbruch, junge Menschen, die nach dem Sinn ihres Lebens und ihres Daseins fragen, und denen offenbar die herkömmlichen Antworten nicht mehr genügen.

Das gilt nicht nur für das kommunistische System, dessen Brüchigkeit immer dort offenbar wird, wo es zur Durchsetzung seiner Ideologien nicht staatliche oder gesellschaftliche Machtmittel einsetzen kann. Und das offenbar auch da, wo es

schon lange herrscht, das Wesen des Menschen nicht zu verändern und seine über das materiell-diesseitige hinausreichenden Bedürfnisse nicht zu befriedigen vermag. Nach neuen Antworten sucht die Jugend auch bei uns. Vielen genügt die Erklärung, dies oder jenes sei zur ungehinderten Fortsetzung des Wachstums notwendig, nichtmehr. Sie wollen auch wissen, wozu dieses Wachstum genützt werden soll und welchen Preis es kostet. Und der Frage nach dem Wozu, nach der über den materiellen Nutzen hinausgehenden Begründung, wird die Politik bei vielem, was sie für selbstverständlich hielt, immer häufiger begegnen.

Deshalb - zunächst einmal auf den Kirchentagen - das Interesse und das Engagement für die Dritte Welt, das Engagement für gesellschaftliche Randgruppen, aber auch das erwachende Interesse für unsere jüngere Geschichte, vor allem für die Jahre der NS-Gewaltherrschaft. Darum auch die engagierte Diskussion um die Kernenergie und um die Grenzen von Verschwendung und Luxus. Auch das erkennbare Streben nach Gemeinschaft, nach Wärme und Geborgenheit außerhalb gestanzter und genormter Verhaltensformen hat hier seine Wurzel. Die christliche Botschaft, die Religion wird dabei viel unbefangener als früher aufgenommen und nicht mehr als Reservat verstanden, das man nur bei besonderen Anlässen aufsucht, sondern als Anruf für das tägliche Leben, für das eigene Engagement. Schon mehr junge Menschen als uns vielleicht bewußt ist, suchen hier Orientierung und Sinn und Hilfe für ihr Dasein, für ihre Existenz.

Wir Sozialdemokraten sollten dieser Entwicklung viel Aufmerksamkeit widmen. Wir haben nicht ohne Opfer wichtige Teile des Studenten- und Jugendprotestes der späten 60er Jahre integriert und so für die Demokratie und den Staat des Grundgesetzes bewahrt oder auch zurückgewonnen. Wir dürfen jetzt den neuen Aufbruch nicht übersehen, auch wenn er sich ohne spektakulären Protest, ohne provozierende Begleitumstände und ohne elitäre Intellektualität vollzieht. Viel von dem, was sich hier in Bewegung setzt, kristallisiert sich zur Zeit bei den Grünen und glaubt sich dort politisch artikulieren zu können.

Das muß nicht so sein. Mit ökonomischen Theorien, mit zugespitzter Polemik und auch mit weltlichen Heilslehren unterschiedlicher Provenienz werden wir es allerdings nicht schaffen. Eine Partei, die wie die unsere in ihrem Programm ausdrücklich erklärt, es sei nicht ihre Aufgabe, letzte Wahrheiten zu verkünden, kann, ja darf auch von sich aus nicht versuchen, auf die Sinnfrage endgültige Antworten zu geben. Aber sie kann denen, die da auf die Suche gehen, zur politischen Heimat werden, wenn sie mit den Grundwerten des Godesberger Programms ernst macht. Wenn sie zeigt, warum ihre Politik nicht auf den Vollzug irgendwelcher Gesetzmäßigkeiten, sondern auf die immer neue Durchsetzung von Werten zielt, die dem einzelnen Raum zur Selbstverwirklichung und zum Engagement nach dem Sinn lassen, den er für sein Leben gefunden hat.

(-/19.6.79/hl/ca)



Chance und Mahnung

Eindrücke eines Jüngeren anlässlich der Bundestagung der AVS in München

Von Volkmar Kretkowski

Mitglied des Deutschen Bundestages

"Fährst Du zu AVS?", so fragte ich vor einigen Tagen etliche Genossen. Die stete Antwort war: "AVS, was ist das?" Diese Antwort kann nur tief betroffen machen. Die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten ist vielen unbekannt.

In Frankreich, in Holland werden die alten Widerstandskämpfer geehrt, sind ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Bei uns sind die Männer und Frauen, die gegen das Hitler-Regime gekämpft, sich für die Freiheit und ihre Überzeugungen eingesetzt haben, eine Randgruppe - in der Öffentlichkeit wie in der Partei. Es genügt eben nicht, jedes Jahr einmal am 20. Juli eine Gedenkfeier abzuhalten, die ja auch nur einem Teil des Widerstandes gilt - hier wird mehr gefordert. Wir alle sind gefordert!

Aus meinen Sorgen über das Anwachsen neonazistischer Aktivitäten heraus habe ich Seminare mit jungen Leuten veranstaltet. Das Resultat kann einen nur tief betroffen machen: Unkenntnis, labiles demokratisches Verständnis auch hier, bei unseren eigenen jungen Leuten.

Aus diesem Grunde wollte ich diejenigen aufsuchen, an ihrer Tagung teilnehmen, die die Schreckenszeit durchlitten und überlebt haben, um mit ihnen gemeinsam Wege zu suchen, um den drohenden Gefahren begegnen zu können.

Was ich fand, war jedoch viel mehr!

Es gibt Zeiten, wo man seine Zweifel bekommt an der Richtigkeit des Weges, den die Partei einschlägt, wo man sich fragt: "Hat meine Mitgliedschaft noch einen Sinn?" Hier auf dieser Bundestagung war die Antwort: Diese Männer und Frauen, die zusammen Hunderte von Jahren KZ-Aufenthalt repräsentieren, Folter, Demütigungen, unmenschliches Leid - unsere Genossinnen und Genossen. Sie, die durchgehalten, überlebt haben, sie können für uns Junge der Wegweiser sein, und sie bieten uns ihre Hilfe an.

Sie, die zum Teil enttäuscht und verblüfft sind über eine Behandlung, die jeder Beschreibung spottet - ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an die Wiedergutmachung, wo noch vieles zu tun ist - sie sind in dieser Partei, bleiben in dieser Partei; wie sollten wir da abseits stehen!

Was wir ihnen anbieten müssen, ist unsere Hilfe, unsere Bereitschaft, nicht zu vergessen und gegen die Trägheit anzugehen. Das Schrecklichste, was in den Jahren seit der Wiederaufbau passiert ist, ist die Tatsache, daß die Frauen und Männer - hier möchte ich auch all' diejenigen einschließen, die nicht unserer Partei angehören - die gegen das Schreckenregime Hitlers gekämpft haben, die dafür unermeßliches Leid erdulden mußten, noch einmal Leid und Bitterkeit erfahren: Durch die Tatsache, daß sie nahezu vergessen worden sind. Wir, die wir ihnen so vieles verdanken, wir müssen dafür sorgen, daß sie ihren ureigensten Platz in Partei und Gesellschaft erhalten. Die AVS hat in München ihre politische Aufgabenstellung klar formuliert - wir sollten unsere Genossinnen und Genossen in allen Punkten unterstützen.

Mit Orden - nicht nicht mal die haben viele von ihnen erhalten - und Gedenkfeiern ist es nicht getan - wir müssen den Lebenden konkret helfen, aus ihren Erfahrungen lernen, gemeinsam mit ihnen dazu beitragen, daß der Widerstand der Arbeiterbewegung während des Dritten Reiches in der Partei wie in der Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen wird, daß der Geist des Antifaschismus in der Partei wieder lebendig wird. (-/19.6.1979/bgy/ca

+ + +



Grenzen erkennen, heißt nicht zu resignieren
-----**Für eine sachliche und realistische Entbürokratisierungsdebatte**

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Die Bürokratiekritik ist so laut und allgemein wie umgekehrt der Ruf nach mehr Bürger-
nähe auf allen Ebenen. Aber mit abstrakt formulierten und wohlklingenden Forderungen
kommt man hier letztlich nicht weiter. Ein weitgehend negatives Beispiel hierfür ist
etwa der Antrag der Bundestagsopposition zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung.
Er formuliert einerseits Selbstverständliches und provoziert mit einzelnen Vor-
schlägen sogar zusätzliche Bürokratie. Offensichtlich hat die CDU/CSU-Fraktion
selbst gespürt, daß sie mit ihrem Antrag vom November 1977 auf dem Holzweg ist;
denn sie hat ihn seit vielen Monaten nicht mehr mit besonderem Nachdruck verfolgt. Sie
hat wohl inzwischen selbst erkannt, daß die Probleme der Rechts- und Verwaltungsver-
einfachung nicht in einer so peinlich oberflächlichen Weise angegangen werden dürfen, wie
es beim Unionsantrag der Fall ist.

Natürlich stimmt fast jeder Bürger der Forderung zu, Regierungen, Verwaltungen und
Parlamente sollten davon absehen, alle denkbaren Lebensbereiche durch Gesetze, Verord-
nungen und Vorschriften regeln zu wollen. Derartige Forderungen sind aber so abstrakt,
daß die Zustimmung letztlich zu kaum etwas verpflichtet. Zu einer sachgerechten Ent-
bürokratisierungsdiskussion gehört, daß man die Möglichkeiten und Grenzen der Ent-
bürokratisierung erkennt, und offen anspricht. Die unbestreitbar hohe Regelungsdichte
hängt mit den Grundentscheidungen des Grundgesetzes für ein relativ kompliziertes
Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland zusammen. Dabei geht es nicht allein um die
Dreiteilung in Bund, Ländern und Gemeinden und die sich daraus ergebenden Bürokrati-
sierungsfolgen; darüber hinaus muß man begreifen, daß der soziale Rechtsstaat des
Grundgesetzes zwangsläufig in hohem Maße Gesetzesstaat ist. Die staatlichen Aufgaben
können angesichts des verfassungsrechtlichen Gesetzesvorbehalts des Grundsatzes der
Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und der Rechtsschutzgarantie ohne eine umfassende ge-
schriebene Rechtsordnung nicht wahrgenommen werden. Es ist nicht zuletzt die Judikative
selbst, die den Gesetzgeber verschiedentlich sogar spektakulär zu entsprechenden gesetz-
lichen Regelungen veranlaßt hat. Schließlich sind im Bereich der öffentlichen Daseins-
vorsorge und des öffentlichen Förderungswesens rechtliche Regelungen zwingend erforder-



lich. Nur sie ermöglichen die Beachtung der Grundsätze der Gleichbehandlung, Gleichberechtigung und Ausgewogenheit.

Insofern sind der Entbürokratisierung Grenzen gesetzt, die man offen und ehrlich diskutieren muß. Die Grenzen einer Entbürokratisierung kennen, heißt nicht zu resignieren, sondern im Gegenteil sich dem nachdrücklich zuzuwenden, was hier praktisch an Rechts- und Verwaltungsvereinfachung machbar ist. Sowohl in Exekutive als auch in Legislative von Bund und Ländern sollten dabei die Empfehlungen des Bundeskanzlers und der Ministerpräsidenten vom 15. Februar 1979 beherzigt werden. Es sind folgende Grundsätze:

1. Die Rechts- und Verwaltungsvorschriften sollten auf das zur Erreichung der politischen Zielsetzung unbedingt Notwendige beschränkt werden.
2. Die Regelungsbefugnis sollte stets den Ländern überlassen bleiben, wo eine bundesgesetzliche Regelung nicht zwingend geboten ist.
3. Regelungen sollten bürgernah, einfach und verständlich abgefaßt und so sparsam, leicht und bürgernah durchführbar wie möglich gestaltet werden.
4. Statistiken sollten nachhaltig eingeschränkt und gestrafft werden.
5. Beim Erlaß von EG-Vorschriften sollten diese Grundsätze ebenfalls möglichst weitgehend verwirklicht werden.

Auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich die Bundesregierung daran gemacht, in den einzelnen Ressorts speziell und darüber hinaus ressortübergreifend in vielen Bereichen der Verwaltung und Gesetzgebung die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung voranzubringen. Es bleibt zu hoffen, daß diese realistischen Bemühungen der Bundesregierung zur Verbesserung des Verhältnisses Bürger und Verwaltung zu praxisnahen Ergebnissen führen. Die Bundesregierung wäre nicht schlecht beraten, gelegentlich auch durch Zwischenberichte den Stand dieser Arbeiten öffentlich sichtbar zu machen.

Im Rahmen der Verwaltungsvereinfachungsdiskussion werden viele Einzelaspekte zu berücksichtigen sein. Dazu gehört sicher auch die Frage, inwieweit man es durch Fortbildungsmaßnahmen schafft, den Angehörigen des öffentlichen Dienstes die zugegeben schwierige Aufgabe zu erleichtern, die Sprache der Gesetze und anderer Rechtsvorschriften dem Bürger zu "übersetzen". Hier kann, ja muß noch einiges bei Bund, Ländern und Gemeinden geschehen, um mehr Bürgernähe zu erreichen. Dies kann der Gesetzgeber alleine nicht tun.

Eine andere wichtige Frage für die Entbürokratisierungsdebatte ist das Thema "Wirksamkeitskontrolle". Es geht dabei zum einen um die regelmäßige Kontrolle der Effektivität beziehungsweise Notwendigkeit von Vorschriften. Zum anderen sollte bei uns ernsthaft die Frage geprüft werden, ob und in welchen Bereichen das Instrument des "Gesetzes auf Zeit" in Frage kommt. Insoweit könnte man die Erfahrungen mit den sogenannten Sunset-Laws der USA nutzen. Dies sind Gesetze, die eine Auflösung von Behörden oder das Auslaufen von Regierungsprogrammen nach genau bestimmter Zeit vorsehen, es sei denn die Fortführung wird aufgrund eingehender Prüfung vom Parlament beschlossen. Das "Gesetz auf Zeit" würde eine periodische Effektivitätskontrolle und damit eine Überprüfung der Gesetzesziele durch das Parlament ermöglichen, wobei jedoch die Möglichkeiten und Grenzen eines Einsatzes dieses Instruments von Bundesregierung und Parlament noch gründlich zu prüfen wären.

(-/19.6.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

